

# Die Rückforderung schwiegerelterlicher Zuwendungen

■ Von Annette Scharf  
und Claudia Buserath

Nach der neuen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs können Schwiegereltern nunmehr unter einfacheren Voraussetzungen Zuwendungen an ihr Schwiegerkind, die anlässlich der Ehe mit dem eigenen Kind erfolgt sind, vom Schwiegerkind zurückfordern.

Der BGH hatte über folgenden Fall zu entscheiden: Ein Ehepaar (hier nachfolgend Schwiegereltern S genannt) hatte ihrem Schwiegersohn (nachfolgend A genannt) einen Geldbetrag in Höhe von 58.000,00 DM zum Erwerb einer Eigentumswohnung überwiesen. A lebte zu dieser Zeit bereits mit der Tochter des Ehepaares S (nachfolgend T genannt) zusammen.

Nach dem Erwerb der Wohnung heirateten A und T und lebten einige Jahre in der erworbenen Eigentumswohnung zusammen, bevor es zur Trennung und Scheidung kam.

Die Wohnung befindet sich immer noch im Alleineigentum des A.

Das Ehepaar S forderte nunmehr von A den zuvor gezahlten Geldbetrag in Höhe von 58.000,00 DM zurück.

Nach der bisherigen Rechtsprechung konnten derartige Zuwendungen in der Regel nicht zurückgefordert werden.

Man ging davon aus, dass zwischen dem Schwiegerkind und den Schwiegereltern ein Rechtsverhältnis „eigener Art“ entsteht, wenn eine Zuwendung an den Ehegatten des leiblichen Kindes unter Berücksichtigung und zur Förderung der Ehe mit dem eigenen Kind erfolgte.

Dieses Rechtsverhältnis hinderte die Zurückforderung der Zuwendung durch die Schwiegereltern, wenn das leibliche und das Schwiegerkind im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft gelebt hatten.

An dieser Rechtsprechung hält der BGH nicht mehr fest.

Nunmehr sind derartige schwiegerelterliche Leistungen als Schenkung zu qualifizieren, auf welche die Grundsätze des „Wegfalls der Geschäftsgrundlage“ anwendbar sind.

Die Geschäftsgrundlage solcher Schenkungen ist regelmäßig das Fortbestehen der ehelichen Lebensgemeinschaft, so dass das leibliche Kind fortdauernd in den Genuss der Schenkung kommt.

Mit dem Scheitern der Ehe entfällt mithin diese Geschäftsgrundlage, so dass der Weg zumindest einer teilweisen Rückabwicklung eröffnet wird.

Die Zuwendung kann danach zu einem Bruchteil zurückgefordert werden, wenn das leibliche Kind

einen längeren Zeitraum von der Schenkung profitieren konnte.

In dem oben geschilderten Fall hatte die T mehrere Jahre in der sich im Eigentum des A befindlichen Wohnung gewohnt, was auf den ursprünglich zugewandten Betrag entsprechend angerechnet werden muss.

Wollen Eltern also erreichen, dass Zuwendungen im Hinblick auf eine Eheschließung ihres Kindes diesem in voller Höhe und dauerhaft zugute kommen, müssen diese Schenkungen bereits von vornherein in voller Höhe und ausschließlich an das eigene Kind geleistet werden.

In der Regel werden in derartigen Lebenssituationen erhebliche Geldbeträge verschoben und die Beteiligten gehen in Anbetracht einer bevorstehenden Hochzeit nicht von vornherein vom Scheitern der Ehe und mithin vom „Schlimmsten“ aus.

Stehen derartige Zuwendungen an, dann ist es in jedem Fall ratsam, vorbeugend juristischen Rat einzuholen, um im Ernstfall kostspielige und langwierige Prozesse zu vermeiden.

Fragen zu diesem Thema und zu Trennung und Scheidung beantworten die Autorinnen in einem Vortrag am Mittwoch, den 21.04.2010 um 18.30 Uhr in der Oberen Königstraße 24. Da die Plätze begrenzt sind, wird um Anmeldung unter **0561/7399079** oder **kassel@scheidungspraxis.de** gebeten.

*Die Verfasserinnen sind Fachwältinnen für Familienrecht bei der Hassenpflug Rechtsanwalts-gesellschaft mbH in Kassel und Homberg.*



**HASSENPLUG RECHTSANWALTGESELLSCHAFT MBH**

Niederlassungen: Obere Königsstr. 24 · 34117 Kassel · Tel. 0561/7399079 · Fax 0561/7399142

Burkhardweg 7 · 34576 Homberg · Tel. 05681/931618 · Fax 05681/931619

**WWW.SCHIEDUNGSPRAXIS.DE**

